

Archiv
Vorstandes der Sozialdemokratischen
Sozialdemokratischer Pressedienst

13. MAI 1965

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/90

Bonn, den 12. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2 /	Wohnungsbau als soziale Aufgabe	103

Bemerkungen zum Wohnungs- und Städtebaukongreß der SPD
am 13. und 14. Mai 1965 in Bremen

Von Bürgermeister Dr. Paul Nevermann, Hamburg

3	Es bleibt noch viel zu tun ----- Zur Deutschlanderklärung in London	52
---	---	----

4 - 5	Alptraum der Welt ----- Die Atombombe der "Armen" ----- Von Pierre Simonitsch, Genf	84
-------	---	----

***** SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG *****

Der Sozialdemokratische Pressedienst fügt ab heute einmal wöchentlich seiner ständigen Ausgabe die Korrespondenz SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG hinzu. Diese Korrespondenz wird Nachrichten, Berichte und Kommentare enthalten, die das Thema des geteilten Deutschlands unter den Aspekten des Selbstbestimmungsrechtes und des Rechtes auf Heimat behandeln. Außerdem werden wir die besonderen Probleme der Sudetendeutschen, der Siebenbürger Sachsen und der Banater Schwaben aufgreifen und erörtern. Darüber hinaus wird sich die Korrespondenz SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG den sozialpolitischen Aufgaben widmen, die der deutschen Politik durch die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge gestellt sind.

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG kann zusammen mit dem SPD-Pressedienst oder einzeln bezogen werden.

Die Redaktion

Wohnungsbau als soziale Aufgabe

Bemerkungen zum Wohnungs- und Städtebaukongreß der SPD
am 13. und 14. Mai 1965 in Bremen

Von Bürgermeister Dr. Paul Nevekmann, Hamburg

Die Sozialdemokraten haben, was den Aufbau der Städte, die Konzeption der Gesetze, die Durchsetzung neuer architektonischer und städteplanerischer Gedanken und die Verwirklichung moderner Ideen über das Verhältnis von Mensch und Umwelt betrifft, stets an der Spitze gestanden. Das wird sich auch in der Zukunft nicht ändern. Lange Zeit hat der politische Gegner alles, was Vorausschau und Programme betraf, als "Verplanung" diffamiert. Heute ist es auch damit vorbei, und die politischen Gegner der Sozialdemokraten haben sich zu eifrigen Abschreibern von Plänen und Konzepten entwickelt.

Wie steht es nun um den Wohnungsbau in naher Zukunft? Vor allem brauchen wir eine durchgreifende Raumordnung für alle Lebensbereiche. Sonst passen Arbeitsplätze, Wohnungen, der Verkehr und die Erholungsgebiete nicht mehr zueinander. Diese Ordnung kann nicht nur im engeren Bereich der Städte gesehen werden, sondern muß sich auf größere Regionen erstrecken. Heute schon werden jährlich 260 qkm Fläche der Bundesrepublik verbaut und der Land- und forstwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Das ist die Hälfte der Oberfläche des Bodensees, die Jahr für Jahr besiedelt wird. Schon an dieser einen Zahl sehen wir, wie notwendig die Warnungen vor der Gefahr willkürlicher Zersiedlungen sind.

Wir müssen uns der Tatsache bewußt sein, daß 45 Prozent der westdeutschen Bevölkerung auf nur 14 Prozent der Gesamtfläche der Bundesrepublik wohnen, und die Ballungsgebiete wachsen weiter. Dabei möchte ich klarstellen: Die Existenz von Ballungsgebieten ist an sich durchaus nicht negativ. Es kommt nur darauf an, daß man die Grenzen solcher Ballungsgebiete erkennt und sich auf die Beachtung dieser Grenzen einstellt. Abschaffen oder ignorieren kann man die Ballungsgebiete gerade im Zeichen zunehmender europäischer Integration auf keinen Fall. Darum muß man in Mäßigkeit und klarer Erkenntnis der Zeitverhältnisse jeglicher "Antigrößstadt-Romantik" entgegentreten, muß in voller Verantwortlichkeit die Grenzen des verständlichen Wunsches vieler Menschen in unserem Land sehen. Eigentum auf eigenem Grund und Boden zu besitzen. Diese Grenzen sind in unserem Land sehr eng.

Auch in Zukunft sozialer Wohnungsbau

Neben diesen großflächigen Problemen künftiger Raumordnung und Städteplanung gibt es für uns in der Bundesrepublik heute und morgen aber auch noch ganz konkrete Fragen des sozialen Mietrechts, des Wohnrechts und der künftigen Stellung des Mieters gegenüber dem Besitzer von Haus und Boden. Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen müssen, daß Wohnungen vor allem für die Masse der Menschen gebaut werden, deren Einkommen um 1 000 DM liegt. Das wird auch in Zukunft ein sozialer Wohnungsbau sein müssen, wobei die Betonung auf dem Wort "sozial" liegen muß.

Ich will es mir erlauben, an dieser Stelle in einzelnen auf die ständigen Fehler und Irrtümer der Bundesregierung während des ganzen seit 1949 zurückgelegten Weges einzugehen. Hinter diesen Fehlern steht, das kann man nicht übersehen, ein Konzept von der Stellung des Menschen in der Gemeinschaft, das wir für falsch halten. Hier gebraucht man zwar sehr fortschrittlich klingende Vokabeln von der "Marktwirtschaft auf dem Wohnungssektor", aber dahinter verbergen sich ganz harte Besitzerinteressen, die von der jetzigen Regierung und dem Bundeswohnungsbauminister in gefährli-

cher Einseitigkeit gegen die Masse der Mieter gefördert werden. Erst ein echter Ausgleich zwischen den Interessen von Hausbesitzer und Mieter schafft soziales Mietrecht. Und dieser Ausgleich besteht solange nicht, solange wir kein echtes Angebot von Wohnungen statt eines Angebots von Mangel haben, wie er in weiten Teilen der Ballungsgebiete heute und, so muß man befürchten, auch noch für geraume Zeit vorliegt.

Durchlöcherter Kündigungsschutz

Das Grundgesetz der Bundesrepublik schreibt allen Verantwortlichen die Errichtung des sozialen Rechtsstaates vor. Dazu gehört, daß man der Familie ein gesichertes Heim verschafft, vor allem den jungen Familien und jenen, die zwar mit Kindern, aber nicht mit materiellen Gütern gesegnet sind. Sie brauchen einen funktionierenden Kündigungsschutz. Sie kann man nicht, wie es geschehen ist, auf den Gerichtsweg und auf das Wohlwollen der Vermieter hinweisen. Aber gerade dieser Kündigungsschutz ist durch das erste Gesetz zur Änderung mieterrechtlicher Vorschriften durchlöchert worden. Ich wiederhole also noch einmal, was ich seinerzeit im Bundesrat sehr zum Mißfallen von Bundeswohnungsbauminister Lücke gesagt habe, nämlich: "Dieses Gesetz ist sozialrechtlich und staatspolitisch ungewöhnlich reaktionär. Es wirft uns in einen Rechtszustand zurück, der vor dem Ersten Weltkrieg bestand. Meine Befürchtungen sind bis heute nicht vom zuständigen Minister widerlegt worden. Wir wissen heute bereits, daß Kündigungen angedroht werden für die Zeit der Einführung neuer Weißer Kreise. Und da hilft dann auch nicht mehr der Ruf nach dem Richter, denn der ist angesichts dieses Gesetzes weit überfordert. Es hilft auch nichts, wollte man versuchen, den Richtern nun Auslegungsmuster für Prozesse in Mietstreitigkeiten auf die Schreibtische zu legen. Wo das Gesetz schlecht ist, kann der Richter nichts besser machen."

Aus all dem Gesagten gilt auch für die Zukunft:

Es ist völlig unmöglich, Schutzvorschriften für die Masse der Mieter abzubauen in einer Zeit, in der in den Ballungsräumen der Bundesrepublik eindeutig ein Fehlbestand vorliegt.

Es ist falsch, den Mieterschutz abzubauen in einer Zeit, in der aus der Integration Europas neue Impulse zu einer Verstärkung der Zuwachsrate in den Ballungsgebieten führen, und damit zur Knappheit an Wohnungen.

Und selbst wenn wir eines Tages zu einem rechnerischen Wohnungsüberschuß von plus 3 Prozent oder mehr gelangten, so müßten wir auch weiterhin ein gesetzlich einwandfreies Mittel zum Schutz der Mieter haben; denn es widerspricht allem, was das Grundgesetz über die Rolle des Menschen in der Gesellschaft und der Familie im Staate sagt, wenn wir die Unverkümmtheit des Menschen und das Heim der Familie zu einer bloßen Handelsware degradieren.

Die Gemeinden tragen die Folgen

Hier ist ein Problem, das die Länder und vor allem die Gemeinden betrifft. Der Bund macht Gesetze, aber die Gemeinden haben die Folgen zu tragen. Wer als Bürger sein Heim in Gefahr sieht, richtet seinen Blick in erster Linie auf die unmittelbare Umgebung, auf die Kommunen und das Land. In den Gemeinden stehen heute überwiegend Sozialdemokraten in der Verantwortung. Sie wissen aus der Praxis, wie es um die Problematik von Miet- und Wohnung und Eigenheim bestellt ist. Wir werden deshalb nicht müde werden dürfen, immer wieder darauf hinzuweisen, daß wir einen Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen der Hausbesitzer einerseits und dem Schutzanspruch der Masse der Mieter andererseits im Sinne einer gerechten und in die Zukunft gewarnten sozialen Ordnung von Staat und Gesellschaft brauchen. Und damit verträgt es sich eben einfach nicht, daß man wieder den Geldbeutel zum einzigen Kriterium für das Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter machen möchte. Glücklicherweise bestehen ja noch alle Chancen auch auf der Bundesebene, die Weichen umzustellen.

Es bleibt noch viel zu tun

Zur Deutschlanderklärung in London

sp - Die nun doch auf der Grundlage eines Kompromisses in London zustande gekommene Deutschlanderklärung ist eine Bestätigung der Verpflichtungen, welche die Verbündeten der Bundesrepublik für die Sicherheit des freien Teils Deutschlands und für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands übernommen haben. Das festzustellen, ist notwendig, denn Bonner Regierungsstellen scheinen zu vergessen, daß Bundeskanzler Erhard um die Jahreswende eine neue Deutschlandinitiative angekündigt hatte. Der Akzent bei Erhards Ankündigung lag auf dem Wort Initiative, was bedeuten sollte, daß die Westmächte unter Zugrundelegung der Viermächte-Verantwortung für Deutschland neue Schritte zur Wiederbelebung der internationalen Diskussion über die Lösung des Deutschlandproblems einzuleiten gedachten. So wurde es jedenfalls von Erhard dargestellt.

Inzwischen sind fast sechs Monate vergangen. In dieser Zeit wurde klar, daß der französische Staatspräsident andere Vorstellungen zur Lösung der Deutschlandfrage entwickelt hatte als jene, die die Grundlage früherer Erklärungen waren. Das Schlagwort von der "Europäisierung" des Deutschlandproblems wurde geboren und damit angedeutet, daß mindestens Frankreich glaubt, die Deutschland betreffenden Fragen unabhängig von der Viermächte-Verantwortung lösen zu können. Der jetzt in London gefundene Kompromiß deutet dies wieder an.

Inzwischen ist aber noch etwas anderes geschehen. Die Bundesregierung hat von den Alliierten zur Kenntnis nehmen müssen, daß diese nur dann gewillt sind, eine neue Deutschlandinitiative zu ergreifen, wenn westliche Vorschläge hierzu mit substantiellen und von Bonn gebilligten Anregungen verbunden werden. Das bedeutet: Man verlangt von Bonn, daß es sagt, welcher deutsche Beitrag zu einer solchen Initiative geleistet werden kann, ohne daß aus dem Osten das altvertraute NJET zu erwarten ist. Die Bundesregierung hat die an sie von ihren Verbündeten gerichtete Frage noch nicht beantwortet, sondern zu verstehen gegeben, daß sie zunächst nur Wert auf die Wiederholung allgemeiner Grundsätze und Garantieerklärungen legt.

Die Frage also, wie eine neue Deutschlandinitiative aussehen könnte und sollte, ist trotz der in London mit Verspätung zustande gekommenen Grundsatzklärung noch nicht beantwortet. Willy Brandt hat auf der großen Parlamentarierkonferenz der SPD in Wiesbaden am vergangenen Wochenende erneut betont, man werde nicht zu einer Deutschlandinitiative mit Substanz gelangen, wenn sich die Bundesregierung nicht endlich dazu aufraffe, in Gemeinschaft mit den Alliierten die Grundzüge einer Friedensregelung für Deutschland zu erarbeiten. Mit dem Begriff "Europäisierung" allein kommt man bei einem solchen Versuch nicht weiter; besonders dann nicht, wenn man darunter die Ausschaltung des stärksten Verbündeten der Bundesrepublik, der USA, versteht. Aus diesem Grunde hat auch das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa am vergangenen Wochenende in Berlin darauf hingewiesen, daß es zwar die selbstverständliche Aufgabe des freien Europa sei, durch die Verbesserung der Atmosphäre in ganz Europa die Entspannung zwischen Ost und West zu fördern, daß dies aber - schon aus Sicherheitsgründen - im Rahmen der atlantischen Partnerschaft geschehen müsse.

So sehr also die in London zustande gekommene Deutschlanderklärung zu begrüßen ist, zu zwingend bleibt die Aufgabe, den nächsten Schritt zu einer Deutschlandinitiative mit Substanz vorzubereiten.

Alptraum der Welt

Die Atombombe der "Armen"

Von Pierre Sixonitsch, Genf

Obwohl die Entwicklungskosten für Nuklearwaffen in den letzten Jahrzehnten keineswegs niedriger geworden sind, ist es infolge des raschen Anstiegens von Nationaleinkommen und Industriekapazität (auch die leichte Beschaffung wissenschaftlicher Informationen spielt dabei eine Rolle) nunmehr einer Reihe von Ländern technisch möglich geworden, selbst Atomsprengkörper in "kleiner Serie" zu fabrizieren. Bereits 1958 kalkulierte die "National Planning Association" in Washington, daß folgende Staaten im Hinblick auf ihr industrielles Niveau in naher Zukunft die Entwicklung von thermonuklearen Waffen beschließen könnten: Belgien, die Bundesrepublik (die sich freiwillig verpflichtet hat, keine Atomwaffen zu konstruieren), Ostdeutschland, China, Frankreich, Indien, Italien, Japan, Kanada, Schweden, die Schweiz und die Tschechoslowakei. Frankreich und China haben diese Möglichkeiten in der Zwischenzeit ausgenutzt. Auf die Liste der theoretischen Atombombenarwörter haben sich in der letzten Zeit einige weitere Staaten dazugesellt: Ägypten, Israel und Südafrika. Schweden könnte seine Bombe in sechs Monaten explodieren lassen; bei Israel und Ägypten rechnet man mit einer nötigen Entwicklungszeit von über einem Jahr.

Unkontrollierbare Risiken für den Weltfrieden

Unter diesen Umständen versteht es sich, daß eine massive Erweiterung des derzeitigen "Atomklubs" auf den Flügeln irgendeiner Panikstimmung unkontrollierbare Risiken für den Weltfrieden mit sich bringen müßte und die Chancen einer allgemeinen Abrüstung noch verringern würde.

Die Amerikaner und Russen konstruierten ihr Nukleararsenal von Anfang an auf der Basis von angereichertem Uran (U-235). Überraschenderweise haben sich die Chinesen auf das gleiche kostspielige Spaltmaterial eingelassen. Der Bau einer einzigen Urananreicherungsanlage stellt sich nämlich auf rund eine Milliarde Dollar. Diese Größenordnung übersteigt die finanziellen Möglichkeiten der meisten Staaten. Die Engländer und Franzosen haben sich deshalb dem Plutonium-239 verschrieben, das sich als Rückstand aus gewöhnlichen Leistungsreaktoren gewinnen läßt, wenngleich dieser Prozeß ziemlich zeitraubend ist. Das "kritische" Mindestmaß zur Auslösung einer Kettenreaktion in einer Atombombe beläuft sich bei der Verwendung von Plutonium auf 5,6 kg; bei U-235 benötigt man dazu an die 20 kg. Die Plutoniumausbeute eines Leistungsreaktors von 40 Megawatt beträgt etwa 12 kg jährlich, woraus sich nach Adam Riese zwei "Atombomben der armen Leute" herstellen lassen. Eine ernstliche Schwierigkeit liegt jedoch in der Konstruktion eines siche-

ren Zünders und vor allem im Bau von Trägerraketen, ohne die Atombomben nur begrenzt einsatzfähig sind.

Vom Schleier des Geheimnisses umgeben

Ungeachtet der verhältnismäßig leichten Gewinnung von Plutonium werden gegenwärtig auch Anstrengungen zur Entwicklung eines billigeren Urananreicherungsverfahrens gemacht. In mehreren hochindustrialisierten Staaten - darunter Frankreich und die Bundesrepublik - loten Forscherteams die Möglichkeiten von sogenannten Gaszentrifugen aus. Obwohl angereichertes Uran ebensogut friedlichen wie militärischen Zwecken dienen kann, werden diese Versuche unverständlicherweise mit einem Schleier des Geheimnisses umgeben. Die ersten Experimente mit Gaszentrifugen wurden schon während des Krieges von den Amerikanern unternommen, die aber damit zu keinen zufriedenstellenden Ergebnissen gelangten und sich in der Folge der Urananreicherung durch Gasdiffusion zuwandten. Ob man nun auf einer besseren Fährte ist, wird sich erst in einigen Jahren herausstellen. Die voraussichtlichen Kosten einer Gaszentrifuge sind mit denen einer Gasdiffusionsanlage zu vergleichen, die weitere Ausbeutung jedoch stellt sich schätzungsweise um 90 Prozent billiger.

Der Großteil der gegenwärtig in Betrieb stehenden Atomreaktoren steht unter laufender Kontrolle der Internationalen Atombehörde in Wien, die darüber wacht, daß das "Abfallprodukt" Plutonium nicht militärischen Zwecken zugewendet werden kann. Amerikaner, Russen, Franzosen und Engländer verkaufen ihre serienmäßig hergestellten Reaktoren nur an solche Länder, die sich einer Kontrolle durch die Atombehörde unterwerfen. Der Zeitpunkt rückt aber immer näher, von dem an selbst die relativ entwickelten Staaten fähig sein werden (manche sind es schon), Reaktoren in eigener Regie zu bauen. Auch die Epoche, an der die Herstellung einer Atombombe als Staatsgeheimnis galt, gehört der Vergangenheit an. Die offizielle Veröffentlichung der Geschichte der "U.S. Atomic Energy Commission" erstaunte vor einigen Jahren die britischen Fachleute - und sicherlich auch die sowjetischen - wegen dem Ausmaß an militärischen Informationen, die sie beinhaltete.

Ausweg: Weltweites Abkommen

Wie kann unter diesen Umständen eine allgemeine Verbreitung von Atomwaffen verhindert werden? Es gibt nur einen Weg: den Abschluß eines weltweiten Abkommens, in dem sich die A-Mächte verpflichten, ihr gegenwärtiges Monopol nicht weiterzugeben, und die Nichtnuklearstaaten freiwillig auf den Bau oder Ankauf von Atomwaffen verzichten. Im Dezember 1960 trug die UNO-Generalversammlung in der sogenannten "Irishen Resolution" der Genfer Abrüstungskonferenz auf, die Basis eines Nichtweitergabeabkommens für Atomwaffen auszuarbeiten. Jetzt, fast fünf Jahre später, ist man noch immer nicht über Papierschlächten und Klagen über den schlechten Willen der Gegenseite hinausgekommen.